

# **Rede der Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Corinna Beck, zur Verabschiedung des Haushalts 2016/2017 in der Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 21. Dezember 2016**

## **Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrter Vorsitzender der Landschaftsversammlung, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich mit Blick auf den schrecklichen Anschlag in Berlin am Montag mit einer Vorbemerkung beginnen.

Der Terror ist auch bei uns angekommen – das lässt uns erschrecken, das lässt uns mit allen Betroffenen fühlen, das verunsichert uns und lässt uns nachdenken, wie wir uns schützen können.

Aber es macht mich vor allem wütend, wenn Rechtspopulisten diesen Anschlag instrumentalisieren und mit Stammtischparolen gegen Geflüchtete agitieren und sie mit gewissenlosen Terroristen in einem Atemzug nennen.

Das ist widerlich! Da müssen wir mit allen politischen Mitteln gegenhalten!

Und an diesem Punkt möchte ich allen Fraktionen dafür danken, dass wir bei allen politischen Differenzen, die es ja manchmal sogar hier beim LVR geben mag, menschlich und tolerant miteinander umgehen. Wir ringen um politische Inhalte und streiten in der Sache. Wenn nötig auch heftig. Aber immer mit Respekt und ohne Hass.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, heute entscheiden wir zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode über den Haushalt des Landschaftsverbands. Wieder soll es einen Doppelhaushalt geben. Dies nehmen wir mit gebremster Begeisterung zur Kenntnis. Aus unserer Sicht verringert das nicht nur die Mitsprache der Politik. Es verringert auch die Transparenz und den Einfluss für unsere Mitgliedskommunen.

Das Argument, mit Doppelhaushalten gebe man den Kommunen mehr Planungssicherheit, stimmt ja nicht. Die Entwicklungen im laufenden zweiten Doppelhaushaltsjahr, die Debatten über Rückstellungen für Integrationshilfen und den Nachtragshaushalt zeigten doch überdeutlich, dass es besser ist, jedes Jahr über unsere Finanzen zu entscheiden.

Aber nach wie vor scheint die Große Koalition eine jährliche Debatte über ihre Politik zu scheuen. Warum so viel Angst? Ihre Vorgänger, also die Ampel, haben Ihnen doch eine hervorragende Ausgangsbasis hinterlassen. Davon profitieren Sie noch heute.

Der Dreiklang aus Konsolidierung, Rücksichtnahme auf die kommunale Familie und Schuldenabbau hat doch zusammen mit einer ausreichenden Finanzausstattung für seine Aufgaben den LVR erst in die angenehme Situation gebracht, finanziell so gut da zu stehen.

In der Rückschau wundere ich mich nun allerdings, warum die damalige CDU-Opposition die Haushalte der Gestaltungsmehrheit fast alle abgelehnt hat.

Aus der Opposition heraus schien Ihnen nachhaltige Haushaltspolitik offenbar nicht populär genug. Und jetzt belobigen Sie sich in ihrem Haushaltsbegleitbeschluss für genau diese Nachhaltigkeit.....

Doch dabei sollten wir auch nicht vergessen, dass Sie verehrte Damen und Herren der GroKo dabei - außer von ihren Vorgängern - vor allem von einer ordentlich arbeitenden Verwaltung profitieren. Wie wir damals auch. Selbstverständlich begrüßen wir die jetzt vorgenommene Umlagesenkung für 2017 und 2018.

Für unsere Städte und Kreise ist das absolut positiv.

Der Grund dafür ist ausschließlich die Entplanung der Rückstellungen für Integrationshilfen.

Und da können Sie sagen, was Sie wollen: Meine Fraktion hat entscheidend dazu beigetragen, hier den entsprechenden Druck aufzubauen – sowohl gegenüber dem Land als auch gegenüber uns selbst, dem LVR. Wir haben früh die unsinnigen Doppelzahlungen der Kommunen thematisiert.

Und nachdem wir über unsere Landtagsfraktion beim Innenministerium nachgehakt hatten, wurde endlich begonnen, innerhalb der kommunalen Familie eine Lösung zu finden. Das hat lange genug gedauert.

Die Entplanungen für 2017 und 2018 sind aber nur die eine und erste Hälfte.

Mit dem Jahresabschluss 2016 müssen wir die gebildeten Rückstellungen vollständig auflösen und an die Kommunen zurückgeben.

Wenn eine Risikorückstellung nicht mehr notwendig ist, dann muss die dafür gebildete Summe komplett ausgekehrt werden. Wie das geschehen soll, darüber müssen wir wieder in der Landschaftsversammlung debattieren. Soweit zu Ihren Planungen für einen Doppelhaushalt mit Planungssicherheit.

Im Vergleich zum LWL, steht der LVR finanziell solide da. Dennoch müssen wir damit rechnen, dass die Kommentierung der Umlageerhöhung im LWL erneut zu einer grundsätzlicheren Debatte um die Mittelebene in NRW führt. Vor diesem Hintergrund birgt natürlich auch die Diskussion um die Gründung einer Metropolregion Rheinland für den LVR ein Risiko.

Wir sollten uns dieser Diskussion mutig stellen.

Wir leisten gute Arbeit und sollten selbstbewusst auch in einer Metropolregion auftreten. Beim aktuellen Formatierungsprozess sehe ich aber kritisch, dass eine gesellschaftliche Interessengruppe privilegiert werden soll. IHKs und Handwerkskammern dürfen nicht in bestimmten Politikfeldern für das Rheinland insgesamt sprechen können. Dafür gibt es die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Wenn wir in dieser Debatte bestehen wollen, müssen wir vor allem das Rücksichtnahmegebot gegenüber unseren Kommunen beachten.

Und damit komme ich zur Bebauung Ottoplatz. Es ist richtig, dort in angemessener Größe neu zu bauen. Aber das Augenmaß hat offensichtlich unter der Investorenbrille erheblich gelitten: Die Kommunen interessieren bei diesem Projekt letztlich die

Gesamtkosten, die sie über die Umlage finanzieren müssen. Den Kommunen ist es egal, ob wir für einen Quadratmeter umbauten Raum im Verhältnis weniger zahlen.

Und ist es tatsächlich notwendig, eine zweistöckige Tiefgarage zu bauen, wenn es am 300 m entfernten Stadthaus mehr als 1.000 freie und vermietbare Parkplätze gibt? Aber wenn man das Grundstück nur mit den Augen eines Finanzinvestors betrachtet – *wie hole ich aus einer Fläche das Maximum heraus?* – dann ist der Blick halt getrübt.

Wir sollten ernsthaft darüber nachdenken, ob nicht auch ein kleineres Gebäude völlig ausreichend ist. Die Menschen die in Deutz leben werden es uns danken!

Rücksichtnahme auf die Kommunen sollte auch beim Umbau der Rheinischen Beamtenbau ein maßgebliches Ziel sein. Das inhaltliche Ziel, Wohnungsbau für das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung zu betreiben, können wir nachvollziehen. Aber kann das über eine kleine Wohnungsbaugesellschaft, die weder das Kapital noch das Know how dafür hat, gesteuert werden? Und werden die Kommunen akzeptieren, dass wir dafür das notwendige Kapital zuschießen?

Da sind wir eher skeptisch und wünschen uns vor großen Umbauplänen eine nachvollziehbare Konzeption und vor allem den Austausch mit unseren Kommunen und dem anderen Eigentümer, der Provinzial.

Bei einer weiteren Beteiligung scheint der Kurs jetzt allgemein klar zu sein. Wir sollten so schnell wie möglich bei RWE aussteigen. Mit dieser Beteiligung erwirtschaften wir weder finanzielle Erträge, noch besteht hier ein strategisches Interesse.

Wir haben uns bei grundsätzlicher Zustimmung zum finanzpolitischen Gesamtkurs des LVR für einige wenige Anträge entschieden. Deren Volumen ist sehr begrenzt, ihre Wirkung allerdings weitreichend! Wir wollen die Förderung von KoKoBes erhöhen. Während bei anderen Einrichtungen und bei den Entgeltverhandlungen mit der freien Wohlfahrtspflege ein Ausgleich für die Tarifsteigerungen in den vergangenen Jahren vereinbart wurde, ist die Förderung der KoKoBes seit Jahren unverändert geblieben.

Hier nützt auch der Verweis auf das Bundesteilhabegesetz wenig. Denn um sich für die neuen Herausforderungen gut aufstellen zu können, brauchen die KoKoBes eine ausreichende Finanzausstattung. Sie brauchen jetzt eine Erhöhung. Die politische Mehrheit hat das leider abgelehnt.

Immer mehr Flüchtlinge mit traumatischen Erfahrungen sind zu uns gekommen. Viele brauchen Hilfe in unseren Kliniken. Deshalb ist es sinnvoll, dass die Integrationsbeauftragten an den Kliniken für mindestens 25 % ihrer Arbeitszeit freigestellt werden.

Das wird auch schon in manchen Kliniken praktiziert, ohne dass sie dadurch finanziell überfordert sind. Eine entsprechende Empfehlung an die Klinikvorstände zu formulieren, auch dazu konnte sich die GroKo leider nicht durchringen. In den vergangenen beiden Jahren war das Thema „minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ für den LVR herausragend wichtig. Vor allem die Arbeit als Verteilstelle war eine große Herausforderung.

Ich finde, hier haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesjugendamt hervorragend gearbeitet, immer auch im Sinne der Kinder und Jugendlichen. Durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen gab es für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zeit zum Durchatmen. Da kam auch Erleichterung auf. Das ist

nachvollziehbar und völlig in Ordnung. Aber wir müssen zumindest auch immer mitdenken, was der Rückgang der Flüchtlingszahlen bedeutet:

Das bedeutet, dass immer weniger Menschen Bombardierungen, Verfolgungen und Gewalt entkommen können. Das bedeutet, wie Kardinal Woelki zu Recht sagte, dass das Mittelmeer zum Toten Meer wird. Darüber müssen wir auch reden, wenn wir über unsere Überforderungen im relativen Wohlstand sprechen.

Auch bei den Kostenerstattungen für die Kommunen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hat unsere Verwaltung gut gearbeitet. Stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchte ich unserem Dezernenten Lorenz Bahr herzlich dafür danken. Und danken möchte ich ihm ebenfalls für unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dieser Dank geht auch an alle anderen Mitglieder des Verwaltungsvorstands. Meine sehr geehrten Damen und Herren – es sind ja mehr Männer dazugekommen – wir danken Ihnen für die immer gute und faire Zusammenarbeit. Dabei konnten wir fast vergessen, dass unsere Zugehörigkeit zur politischen Mehrheit schon etwas zurückliegt.

Durch die geringeren Ausschüttungen bei der Sozial- und Kulturstiftung wird in den vergangenen Jahren anteilig immer mehr Geld aus der Regionalen Kulturförderung für „LVR- Projekte“ ausgegeben. Das sind sowohl Projekte, die unmittelbar LVR-Einrichtungen zu Gute kommen, als auch vom LVR eingereichte Vorschläge. 2016 wurden nur noch knapp 53 % der geförderten Anträge von den Städten und Kreisen beantragt. Deshalb haben wir vorgeschlagen, einen Deckel für vom LVR beantragte Projekte einzuziehen.

Außerdem ist die Finanzierung des Landesmuseums aus Mitteln der Regionalen Kulturförderung falsch. Wir wollten, dass die Sanierung dieser zentralen Kultureinrichtung aus dem Kulturhaushalt finanziert wird. Leider ist auch dieser Vorstoß an der GroKo gescheitert.

Die Große Koalition hat unsere Anträge ohne große Debatte abgelehnt. Ebenfalls ohne große Debatte hat die Große Koalition dagegen ihren 10-seitigen Besinnungsaufsatz als Haushaltsbegleitbeschluss verabschiedet. Da steht Bedenkenswertes drin, aber es wird auch Unnötiges einfach wieder aufgewärmt, wie der „Sondertopf Inklusion“ oder die Übernahme weiterer Förderschulen.

Beschlossen werden mehr Stellen, wo man sich bei manchen schon fragen darf, warum die Verwaltung den Bedarf bei den verwaltungsinternen Stellenplanberatungen selbst nicht gesehen hat. Im Stellenplan ist übrigens auch nachlesbar, dass die Schaffung eines neuen Dezernats nicht nur Mehrkosten auf der Dezernatenebene auslöst.

3 weitere Stellen für den Overhead im neuen Dezernat 3, die sie Frank vom Scheidt verweigert haben, stehen jetzt dort drin. An dieser Stelle möchte ich Frank vom Scheidt noch einmal für seine Arbeit beim LVR ganz herzlich danken. Diese wurde leider nicht von allen Fraktionen angemessen wertgeschätzt.

Fragen kann man sich beim Stellenplan auch, wozu zwei Stellen bei der LVR-Direktorin zur Verhandlungsoptimierung eingerichtet werden sollen. In der Begründung für die Neueinrichtung wird deutliche Kritik an den bisher Verhandelnden formuliert. Aus unserer Sicht ist ein solches Urteil nicht gerechtfertigt. Und es bleibt die Frage, was die zentrale Zwei-Mensch-Gruppe eigentlich machen soll? Sollen sie allen Beteiligten beibringen, ein

Pokerface aufzusetzen? Sollen sie Supervisionen machen? Jedenfalls befördert dies eher eine unnötige Misstrauenskultur. Ein Nutzen ist nicht erkennbar.

Völlig unverständlich ist der Vorstoß der GroKo, Kürzungen bei den Fachleistungsstunden im ambulant betreuten Wohnen vorzunehmen. Sie wollen damit Geld sparen?!? Das wird nicht funktionieren!

Der 20%ige Anteil für indirekte Leistungen fällt in jedem Fall an und ist landesweit vertraglich vereinbart. LWL und LVR unterscheiden sich an diesem Punkt nicht in den Kosten. Unterschiede liegen in der Bewilligungssystematik – da gebe ich gern Rechenhilfe bei Bedarf!

Wenn Sie durch ihre Idee Geld sparen wollen, heißt das, dass Sie die direkten Betreuungszeiten für Menschen mit Behinderung zurückfahren wollen. Es heißt auch, dass Menschen mit Behinderung nicht mehr Bedarfsgerecht unterstützt werden. Da machen wir nicht mit!

Bei den Kliniken schlagen Sie vor, dass deren Wirtschaftlichkeit optimiert werden soll. So richtig dieser Aspekt auch sein mag, was wir in diesem Zusammenhang vermissen, sind ein paar Gedanken über die inhaltliche Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung.

Wir zumindest wollen unsere Kliniken nicht nur an ökonomischen Effizienzkriterien ausrichten, sondern eine für unsere Patientinnen und Patienten optimale Versorgung ermöglichen. Wo, wenn nicht hier, sollte „Qualität für Menschen“ oberstes Kriterium sein?

In der Gesamtbewertung des vorliegenden Haushaltsentwurfs sehen wir eine solide und tragfähige Arbeit der Verwaltung. Wir begrüßen die Entplanung der Rückstellungen für Integrationshilfen und die damit verbundene Umlagesenkung. Allerdings ist der Entwurf durch die Intervention der GroKo schlechter geworden. Projekte wie der überdimensionierte Neubau am Ottoplatz oder der riskante Umbau der Beamtenbau lehnen wir ab. Sie schaden auch den Interessen unserer Mitgliedskommunen. Mit dem eingesparten Geld könnten wichtigere Dinge für die Menschen im Rheinland umgesetzt werden.

Die Menschen sind uns übrigens, um eine Lieblingsfloskel der GroKo aufzugreifen, nicht „anvertraut“. Wer hätte das auch tun sollen? Hier wird eine patriarchale Sichtweise deutlich, die unser Verhältnis zu Menschen mit Behinderung gerade nicht kennzeichnen sollte. Bleiben wir also besser bei Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Nicht ohne sie über sie!

In den kommenden zwei Jahren hat die Große Koalition, - und übrigens auch jede Fraktion jeweils für sich -, Zeit, uns von Ihrer Politik besser zu überzeugen. In der Zwischenzeit warten auf Sie einige personalpolitische Manöver. Wir werden diese interessiert verfolgen...Wir haben die genannten Aspekte auf die politische Waagschale gelegt. Trotz der Veränderungen durch die GroKo, die wir in wesentlichen Punkten ablehnen, ist der Verwaltungsentwurf in seinen Grundzügen erhalten geblieben.

Deshalb können wir dem Haushaltsentwurf 2017/2018 zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.